

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Sicherheit und Ordnung
am Dienstag, **29.09.2026**, 17:01 Uhr - 18:17 Uhr,
Raum 2/1, 11. Etage, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der Fraktion GRÜNE:

Andrea Blome Abwesend ab 18:15 Uhr, Dominic Brauner Anwesend ab 18:15 Uhr, Dorothea Deppermann Vertretung für Herrn Michael Fiege, Dr. Katharina Foreman, Jonas Kipker, Christopher Margraf Vertretung für Frau Martina Müller-Späth,

von der CDU-Fraktion:

Marcus Bielefeld Vertretung für Herrn Alf Rüdiger Kaßenbrock, Stefan Leschniok, Sarah Quiskamp, Carolin Schwarz, David Sperling,

von der SPD-Fraktion:

Sven Frenck Vertretung für Frau Sandra Beer, Philipp Hagemann,

von der Fraktion Die Linke:

Sebastian Nahrwold,

von der Fraktion Volt:

Marian Leifeld,

von der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP:

Michael Drüppel,

Sachkundige Einwohner/innen:

Lumanat Guseinova,

von der Verwaltung:

Larissa Aldehoff, Carsten Bußmann, Robert Erpenstein, Wolfgang Heuer, Mario Huslage, Andrea Rölfig, Norbert Vechtel,

für die Schriftführung:

Marie Weinelt,

Es fehlte/n: Michael Fiege, Martina Müller-Späth, Alf Rüdiger Kaßenbrock, Sandra Beer, Jörg Berens

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Personal, Sicherheit und Ordnung am 29.09.2026

Tagesordnung

- | | | |
|--------------------------|-----|--|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3. | Bericht zur Einschätzung der Waldbrandgefahr in Münster |
| <u>V/0282/2026</u>
I | 4. | 1. Fortschreibung Bericht zum Zeitplan der aus dem Brandschutzbedarfsplan resultierenden Baumaßnahmen |
| <u>V/0304/2026</u>
I | 5. | Grundsatzbeschluss Neubau eines Feuerwehrhauses der Löschereinheit Wolbeck der Freiwilligen Feuerwehr Münster |
| <u>V/0307/2026</u>
IV | 6. | Besondere Lebenswelten von Kindern in Coerde: Bedarfsgerechte Maßnahmen zur Stärkung der Betreuungs- und Bildungsqualität für Kinder in den Kindertageseinrichtungen |
| <u>V/0320/2026</u>
V | 7. | Umsetzung des Modells MISSIMO zur Bekämpfung des organisierten Kindergeldmissbrauchs in der Stadt Münster |
| <u>V/0453/2026</u>
I | 8. | Bericht über die Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderungen und diesen Gleichgestellten bei der Stadt Münster in 2025 |
| <u>V/0516/2026</u>
I | 9. | "Silvester in Münster verantwortungsvoll gestalten" Antrag A-R/0001/2026 der CDU-Fraktion |
| <u>V/0517/2026</u>
I | 10. | Bericht zur Verbesserung der Servicequalität in der Kfz-Zulassungsstelle |
| | 11. | Gemeinsame Wache von Polizei und KOD am Hauptbahnhof |
| | 12. | Verschiedenes |

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 17:01 Uhr.

Die CDU-Fraktion beantragte TOP 9 von der Tagesordnung abzusetzen. Der Vorsitzende ließ über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss beschloss einstimmig TOP 9 von der Tagesordnung abzusetzen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Der Vorsitzende verpflichtete Sven Frenck.

Punkt 2 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Der Ausschuss nahm die Zwischenmitteilung der Verwaltung zu Verbotszonen von Drogenkonsum und die Mitteilung zur Ausschreibung der Weihnachtsmärkte zur Kenntnis.

Herr Heuer berichtete über die aktuelle Haushaltssituation und die Folgen für die Personalbewirtschaftung: Es würden rund 92 Millionen Euro fehlen; seit dem 08.09.2026 gelte eine Haushaltssperre. Herr Huslage stellte weitere Details vor (siehe Anhang).

Von der Haushaltssperre ausgenommen seien rechtlich bindende Verpflichtungen, Gefahrenabwehr, refinanzierte Sachverhalte, Zuwendungen an freie Träger sowie investive Bauvorhaben mit bestehendem Ratsbeschluss (Aufzählung nicht abschließend).

Herr Heuer verwies auf Nachfrage der CDU-Fraktion darauf, dass Einsparungen im Personalbereich zu spürbaren Leistungseinschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger führen würden.

Die SPD-Fraktion erfragte, ob der Personalrat bei Entscheidungen zum Thema Einsparungen beim Personal beteiligt worden sei. Herr Bußmann bestätigte, rechtzeitige Informationen erhalten zu haben und bat um weitere kontinuierliche Beteiligung des Personalrats. Herr Heuer sicherte einen direkten Austausch zu.

Die SPD-Fraktion bat um transparente Information verwaltungsseits für den Ausschuss. Herr Heuer bot an, wesentliche Beschlüsse und Entscheidungen in Berichtsform zur Verfügung zu stellen. Der Ausschuss nahm das Angebot an.

Punkt 3 der Tagesordnung

Bericht zur Einschätzung der Waldbrandgefahr in Münster

Herr Erpenstein erklärte im Rahmen eines mündlichen Berichtes an den APSO, dass die Häufigkeit von Waldbränden auch in Münster zugenommen habe. Die Feuerwehr verfüge über ausreichende Fahrzeuge, Ausrüstung und Löschwasserkapazitäten. Im Bereich der Fahrzeuge komme es derzeit allerdings zu Lieferverzögerungen von vier bis fünf Jahren. Herr Heuer verwies zudem auf ein aktuelles Antwortschreiben zur Thematik „Waldbrand“ an die CDU-Fraktion, das auch an die anderen Fraktionen gegangen sei.

Punkt 4 der Tagesordnung V/0282/2026

1. Fortschreibung Bericht zum Zeitplan der aus dem Brandschutzbedarfsplan resultierenden Bau- maßnahmen

Herr Erpenstein erläuterte auf Nachfrage der Fraktion GRÜNE, dass für die Feuerwehr insbesondere die Fahrtzeit ausschlaggebend sei, um zu entscheiden, ob und an welcher Stelle eine neue Wache gebaut werde. Grundlage hierfür sei die Bedarfsplanung.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0304/2026**

Grundsatzbeschluss Neubau eines Feuerwehrhauses der Löschinheit Wolbeck der Freiwilligen Feuerwehr Münster

Es lag ein Beratungsverlauf vor.

Die CDU-Fraktion erfragte, ob noch weitere massive Kosten entstehen könnten. Herr Erpenstein, Feuerwehr Münster, verneinte dies.

Die Fraktion GRÜNE beantragte wie die Bezirksvertretung Münster-Südost abzustimmen.

Der Vorsitzende ließ über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss beschloss **einstimmig**, dem Rat die Annahme des geänderten Beschlussvorschlags der Vorlage zu empfehlen:

I Sachentscheidung:

- 1.) Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Bestandsgebäude der Löschinheit Wolbeck an der Hofstraße 45 abgängig ist und eine bauliche Ertüchtigung des Gebäudes an diesem Standort aus einsatztaktischen Gründen nicht verfolgt wird.
- 2.) Es wird beschlossen den Standort an der Ecke Am Borggarten / Telgter Straße für die Errichtung eines neuen Feuerwehrhauses vorzusehen. (Gemarkung Wolbeck / Flur 27 Flurstück 306)
- 3.) Die Verwaltung wird beauftragt, für das v.g. Grundstück, welches sich in städtischem Eigentum befindet, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines Feuerwehrhauses zu schaffen.
- 4.) Die Verwaltung wird beauftragt, nach der Schaffung der baurechtlichen Voraussetzungen, an diesem Standort ein Feuerwehrhaus für die Löschinheit Wolbeck der Freiwilligen Feuerwehr zu entwickeln.
- 5.) **Die beiden großen Pappeln entlang der Straße Am Borggarten sollen erhalten bleiben, sofern sie nicht die Zu- und Abfahrt der Rettungskräfte behindert (durch Festsetzung im Bebauungsplan oder durch Berücksichtigung im Baubeschluss).**
- 6.) **Der bestehende Biotopverbund von der Piepenbachau zum Naturschutzgebiet Da Beckskamp wird gewahrt und nicht zusätzlich beleuchtet. Eine Erweiterung und Sicherung des Biotopverbunds von dort in Richtung Berdel/Wolbecker Tiergarten zur Erbringung der notwendigen Ausgleichsmaßnahmen wird im weiteren Verfahren angestrebt.**

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0307/2026**

**Besondere Lebenswelten von Kindern in Coerde:
Bedarfsgerechte Maßnahmen zur Stärkung der Be-
treuungs- und Bildungsqualität für Kinder in den
Kindertageseinrichtungen**

Es lag ein Beratungsverlauf vor.

Die Fraktion GRÜNE beantragte wie der AKJF abzustimmen.

Der Vorsitzende ließ über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss beschloss **einstimmig**, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage in folgender geänderter Fassung zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt die Analyse sowie die Darstellung der Ausgangslage in Coerde zur Kenntnis und erkennt an, dass die aktuellen Rahmenbedingungen in den Kindertageseinrichtungen mit erheblichen Herausforderungen verbunden sind.
2. Der Rat erkennt an, dass diese Herausforderungen mit den derzeit zur Verfügung stehenden Landesmitteln nicht ausreichend bewältigt werden können, und bekräftigt die Notwendigkeit zusätzlicher, gezielter Maßnahmen.
3. Der Rat beschließt die Umsetzung der vorgesehenen, in der Begründung dargestellten Maßnahmen mit den hierfür bereits in den Haushaltsjahren 2027 und 2028 zur Verfügung gestellten Mitteln: **mit folgender Maßgabe:**

Der Spiegelstrich

„Für die Kinder mit Förderbedarf muss bereits ein bewilligter Antrag des LWL vorliegen und die daraus resultierenden bewilligten Mittel der Basisleistung I bereits voll ausgeschöpft sein.“

wird ersetzt durch:

„Für die Kinder mit Förderbedarf muss ein Antrag auf Leistungen der Eingliederungshilfe (Basisleistung I) beim LWL gestellt sein.“

4. Der Rat beschließt, dass die bereitgestellten Haushaltsmittel anteilig für die Umsetzung der genannten Maßnahmen in der Städt. Kita Am Edelbach verwendet werden.
5. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass sich die Maßnahmen zunächst auf die Kindertageseinrichtungen in Coerde konzentrieren, perspektivisch jedoch auf weitere Kindertageseinrichtungen mit vergleichbarer Sozialstruktur und ähnlichen Herausforderungen ausgeweitet werden können.
6. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Reform im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) derzeit noch nicht in Kraft getreten ist. Mit deren Inkrafttreten – voraussichtlich bis zum 31.07.2029 – ist gegebenenfalls mit zusätzlichen Finanzierungsimpulsen des Landes Nordrhein-Westfalen zu rechnen, die in zukünftige Haushaltsplanungen einbezogen werden können.
7. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die Jahre ab 2029 gegebenenfalls weitere Beschlüsse zur Finanzierung erforderlich sind.

8. Mit Beschluss über diese Vorlage werden auch die Inhalte des Ratsantrags „Frühkindliche Bildung in Stadtteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen stärken: Modellprojekt für Kitas in Coerde“ (A-R/0018/2026) der SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Volt (Anlage 2) aufgegriffen. Der Ratsantrag ist damit umgesetzt und erledigt.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0320/2026**

**Umsetzung des Modells MISSIMO zur Bekämpfung
des organisierten Kindergeldmissbrauchs in der
Stadt Münster**

Es lag ein Beratungsverlauf vor.

Die Fraktion GRÜNE beantragte wie der AKJF und der ASW abzustimmen.

Der Vorsitzende ließ über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss beschloss **mehrheitlich** gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage in folgender geänderter Fassung zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Die Stadt Münster nimmt **unter strenger Berücksichtigung des Datenschutzes** in Zusammenarbeit mit der zuständigen Familienkasse und der Polizei Münster am Modell MISSIMO des Landes NRW zur Verhinderung ungerechtfertigter Kindergeldzahlungen teil.
2. Nach einmaliger Durchführung eines Durchlaufes von MISSIMO berichtet die Verwaltung der Politik über die erzielten Erkenntnisse und gibt eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen inklusive Einschätzung zu den benötigten kommunalen Ressourcen ab.
3. Der Antrag A-R/0027/2025 der CDU-Ratsfraktion ist mit dieser Vorlage aufgegriffen.
4. **Der Rat betont, dass die Nennung einer möglichen Herkunftsregion im Begründungstext der Vorlage keinesfalls vorverurteilend verstanden werden darf. Die Verwaltung soll alle Verdachtsfälle unabhängig von Nationalität und Herkunft vorurteilsfrei prüfen. Zusätzlich berichtet die Verwaltung in ihrer Evaluation insbesondere über mögliche diskriminierende Auswirkungen des Programms auf Menschen mit internationaler Familiengeschichte. Münster versteht sich als weltoffene Stadt, die sich aktiv gegen Rassismus, Antiziganismus und jede weitere Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stellt und stellen wird.**

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0453/2026**

**Bericht über die Beschäftigung von Menschen mit
Schwerbehinderungen und diesen Gleichgestellten
bei der Stadt Münster in 2025**

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0516/2026**

"Silvester in Münster verantwortungsvoll gestalten" Antrag A-R/0001/2026 der CDU-Fraktion

Der TOP wurde von Beginn der Tagesordnung abgesetzt.

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0517/2026**

Bericht zur Verbesserung der Servicequalität in der Kfz-Zulassungsstelle

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 11 der Tagesordnung

Gemeinsame Wache von Polizei und KOD am Hauptbahnhof

Die CDU-Fraktion brachte den Antrag „Gemeinsame Wache von Polizei und KOD sicherstellen“ ein.

Die Ausschussmitglieder diskutierten kontrovers.

Der Vorsitzende ließ über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss hat den Antrag gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **mehrheitlich abgelehnt**.

Punkt 12 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Eingänge.

Ende des öffentlichen Sitzungsteils: 18:17 Uhr

Stefan Leschniok
Vorsitz

Marie Weinelt
Schriftführung